

Rapp
- 8. Feb 1951

A n t r a g

Die Kreisgruppe München beschließt folgenden Antrag, der über den Landesverband an die Parteileitung in Hamburg zu leiten ist und bittet gleichzeitig den Landesverband, diese Entschließung den anderen Orts- und Kreisgruppen des Landesverbandes Bayern und den anderen Landesverbänden der FSU bekanntzugeben:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, unverzüglich alle Verhandlungen mit früheren SRP- Mitgliedern und anderer Neonazisten und rechtsradikalen Organisationen oder deren Mitgliedern sofort zu unterlassen und die Landesverbände und Ortsgruppen anzuweisen, keinerlei Mitglieder aufzunehmen, die früher der SRP, einer anderen neofaschistischen oder rechtsradikalen Organisation angehörten oder noch angehören. Ferner sind die Landesverbände bzw. die Ortsgruppen anzuweisen, bei Eintreten neuer Mitglieder diese vorher bei ihrem Antrag versichern zu lassen, dass sie niemals der SRP oder einer anderen neofaschistischen oder rechtsradikalen Organisation angehört haben oder angehören.

Begründung:

1. Es ist taktisch der größte Fehler, zu versuchen, frühere SRP-Mitglieder oder andere Mitglieder rechtsradikaler oder neofaschistischer Organisationen zur Mitgliedschaft der FSU zu gewinnen. Einmal ist freisozialer Geist und nazistische überhaupt nationalistische Gesinnung unvereinbar, und andererseits besteht die Gefahr, daß bei Aufnahme einer größeren Anzahl solcher Brüder die Organisation in neofaschistisches Fahrwasser gelangt und damit der Sinn der Bewegung völlig verkehrt und ausserdem politisch unwirksam wird, weil solche Organisationen verboten werden. Es hat überdies keinen Zweck, in Konkurrenz mit der DP, der FDP und anderen Rechtsparteien zu treten bei dem Bemühen, solche Neofaschisten als Stimmvieh oder als Mitglieder zu gewinnen.
2. Die Hauptgefahr besteht darin, dass diese Neofaschisten unsere Organisation unterwandern, in ihr Fahrwasser lenken und damit ihren Sinn in das Gegenteil verkehren.
3. Die gegenwärtige Chance der FSU in Verbindung mit der Freien Mitte besteht in erster Linie darin, die weiten bürgerlichen Kreise für uns zu gewinnen, die linksrepublikanisch eingestellt sind und die den Liberalismus um der Freiheit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet willen, erstreben.
Dieser wirtschaftlich versinkende Mittelstand, dem nicht nur der Handel, der Handwerker, Facharbeiter und Meister, sowie der kleine Unternehmer angehört, hat heute keine echte politische Heimat und dürfte in erster Linie für uns zu gewinnen sein.
4. Wer nach dem Krieg der SRP oder einer anderen neofaschistischen Organisation angehört hat, hat damit den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß er politisch entweder unreif und urteilslos ist, oder immer noch die verbrecherische Gesinnung des Hitlerismus hegt. Solche Brüder sind für die FSU untragbar und müssen auf das schärfste von uns abgelehnt und bekämpft werden.
5. Nur ein klares Bekenntnis zu echtem freisozialem Geist und eine klare Ablehnung nazistischer und neofaschistischer Gesinnung, die bei jeder Gelegenheit in Wort, Schrift und insbesondere in der "Freisozialen Presse" immer wieder zum Ausdruck kommen muss, kann uns davor bewahren, daß wir auf Grund der unverzeihlichen Verhandlungen und Ausführungen des Parteivorsitzenden in den Geruch einer verkappten neofaschistischen, zumindest nazifreundlichen, nationalistischen Organisation kommen und damit die Geister abstoßen, die wir mit geeigneter Propaganda für die Bundestagswahl gewinnen könnten.
Diese klare Ablehnung ist ferner erforderlich, um von vornherein allen Möglichkeiten zu begegnen, dass wir eines Tages Gefahr laufen, als politische Partei wegen angeblicher neofaschistischer Tarnung verboten zu werden.

++++

Textliche Ausarbeitung:
Helmut Haacke
Arthur Rapp

Der Antrag wurde
einstimmig angenommen.

(Abschrift 1981 durch A.Rp.)